

INSM-Position: Einwanderung

Einwanderer sind für Deutschland eine Bereicherung: Sie vergrößern die kulturelle Vielfalt und federn die Folgen des demografischen Wandels ab. Ohne sie lässt sich das Problem des Fachkräftemangels nicht lösen. Um erfolgreich zu bleiben, muss sich Deutschland klar als weltoffenes Einwanderungsland positionieren.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft fordert

- das **Einwanderungsrecht zu modernisieren**. Dieses soll den in Deutschland benötigten Fachkräften den Zuzug aus Nicht-EU-Staaten erleichtern und eine Willkommenskultur signalisieren;
- die Zuwanderung **bedarfsgerecht** zu steuern. Gut ausgebildete Fachkräfte, die in Deutschland fehlen, sollen gezielt angeworben werden;
- das Zuwanderungsrecht zu **vereinfachen**. Einfache Regeln signalisieren möglichen Zuwanderern eine Willkommenskultur;
- den Zugang zum Arbeitsmarkt **für Asylsuchende, anerkannte Flüchtlinge und Geduldete** zu verbessern. Durch einen Verzicht auf die sogenannte **Vorrangprüfung** würde der Arbeitseinstieg erleichtert werden. Mit der Vorrangprüfung wird überprüft, ob eine freie Stelle nicht durch Einheimische oder andere bevorrechtigte Bewerber besetzt werden kann.

Die Wirtschaft braucht Fachkräfte aus dem Ausland

Der demografische Wandel stellt die Wirtschaft vor eine erhebliche Herausforderung, die ohne Einwanderung nicht zu bewältigen ist. Die Bevölkerung schrumpft: Zwischen 2025 und 2035 werden voraussichtlich mehr als 13 Millionen Beschäftigte in den Ruhestand treten. In dem gleichen Zeitraum rücken aber nur sieben Millionen junge Menschen im Arbeitsmarkt nach. Unternehmen sind daher auf ausländische Fachkräfte angewiesen, um die Lücke zu schließen und die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft zu erhalten. Die Ausgangslage ist gut: In den vergangenen Jahren wurde Deutschland bei Einwanderern immer beliebter. Zuletzt zogen pro Jahr mehr als 1,2 Millionen Menschen nach

Deutschland – so viele wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr. Die Tendenz ist weiter steigend. Nur die USA ziehen mehr Menschen aus dem Ausland an. Unter Berücksichtigung der Auswanderer bleibt ein jährliches Plus von mehr als 400.000 Personen. Noch im Jahr 2009 war die Lage genau andersherum: Damals verzeichnete die Bundesrepublik eine Nettoabwanderung.

Gesteuerte Einwanderung entlastet Staat und Unternehmen

Einwanderer steigern den Wohlstand in Deutschland. Unternehmen, die auf kulturelle Vielfalt setzen, sind im Durchschnitt innovativer und erfolgreicher. Auch volkswirtschaftlich geben die Einwanderer spürbare Impulse: Eine Nettoeinwanderung von 100.000 Menschen, die sich dau-

erhaft niederlassen, bringt laut einem Gutachten der fünf Wirtschaftsweisen langfristig ein um 0,2 bis 0,4 Prozentpunkte höheres Wirtschaftswachstum. Je besser die Einwanderer qualifiziert sind, umso größer sind die volkswirtschaftlichen Vorteile. Die Einwanderung sollte daher gesteuert werden.

In den vergangenen Jahren gelang es bereits zunehmend, hochqualifizierte Fachkräfte anzuwerben. Ingenieure und Ärzte sind überproportional oft vertreten, aber auch in Deutschland dringend benötigte Pflegekräfte. Unter den Einwanderern im Alter zwischen 25 und 65 waren im Jahr 2000 erst 16 Prozent mit Hochschulabschluss. Im Jahr 2012 lag der Anteil der Akademiker bereits bei über 31 Prozent.

Besonders gefragt sind ausländische Fachkräfte in den sogenannten MINT-Berufen: Bis 2020 steigt der Mangel an qualifizierten Mitarbeitern in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik auf 1,3 Millionen. Ohne Einwanderung wird die Lücke nicht zu schließen sein. Unter den MINT-Akademikern wächst der Anteil der aus dem Ausland stammenden Beschäftigten stetig: Er ist von knapp 13 Prozent im Jahr 2005 auf zuletzt fast 16 Prozent gestiegen.

Fachkräfte anzuwerben reicht aber nicht aus. Sie müssen auch sinnvoll integriert werden. Deutschkurse für Anfänger gibt es bereits viele. Für Fortgeschrittene fehlen entsprechende Angebote aber noch oft. Auch im Umgang mit aus-

ländischen Abschlüssen gibt es Nachholbedarf: In den Fällen, in denen sie nicht gleichwertig mit heimischen Abschlüssen sind, fehlen oftmals passende Qualifizierungsmöglichkeiten. Hier muss die Politik nachbessern. Sie hat die Aufgabe sicherzustellen, dass Einwanderer in Deutschland ihr volles Potenzial entfalten können. Denn Einwanderung funktioniert nachhaltig nur dann, wenn alle Beteiligten davon profitieren.

Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge erleichtern

Für die Integration von Flüchtlingen ist es wichtig, dass Asylbewerber bereits in einer frühen Phase ihres Aufenthalts Zugang zum Arbeitsmarkt und auch Ausbildung erhalten. Der Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber ist derzeit in drei Stufen geregelt. In den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts in Deutschland ist eine Erwerbstätigkeit grundsätzlich ausgeschlossen. Bis zu diesem Zeitpunkt besteht auch Residenzpflicht – das heißt, die Asylbewerber können sich nicht frei im Bundesgebiet bewegen. Vom vierten bis zum fünfzehnten Monat in Deutschland können Asylbewerber unter bestimmten Voraussetzungen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Zuerst muss die Bundesagentur für Arbeit in einer Vorrangprüfung feststellen, dass für die betreffende Stelle kein bevorzugt berechtigter Einheimischer oder diesem gleichgestellter Bewerber zur Verfügung steht. Diese Regelungen stehen einer schnellen Integration der Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt im Weg.

OECD: Internationaler Migrationsausblick 2014, Paris 2014

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Herausforderungen des demografischen Wandels, Wiesbaden 2011
Statistisches Bundesamt: 2013: Höchste Zuwanderung nach Deutschland seit 20 Jahren, 22.05.2014

Statistisches Bundesamt: Zuwanderung nach Deutschland im 1. Halbjahr 2014 erneut angestiegen, 19.02.2015

Holger Bonin, ZEW – Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung: Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt, Mannheim 2014

Quellen

Bertelsmann Stiftung: Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050, Gütersloh 2015
Institut der deutschen Wirtschaft Köln: MINT-Herbstreport 2014, Köln 2014

Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Große Chance für Deutschland, 12.01.2015

Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Ein Punktesystem könnte helfen, 21.01.2015

Institut der deutschen Wirtschaft Köln: Deutschland braucht ein modernes Einwanderungsrecht, 22.01.2015

Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Flüchtlinge – Herausforderung und Chance für Deutschland, Policy Paper 26/2015, September 2015